



29. November 2019

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Bundeshaushalt 2020**
 - **Esther Dilcher zum Etat des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz**
 - **Edgar Franke zum Etat des Bundesministeriums für Gesundheit**
- **Halbzeitbilanz der Großen Koalition**
- **Bilder der Woche**

Bundeshaushalt 2020

Mit dem Haushalt 2020 investieren wir mit rund 43 Milliarden Euro mehr denn je in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Für 2020 bis 2023 stehen insgesamt rund 160 Milliarden zur Verfügung – ein Drittel mehr als in der vergangenen Wahlperiode. Das Geld fließt in den Breitbandausbau und in die digitale Infrastruktur unserer Schulen, in Schienen und Straßen, in den Wohnungs- und Städtebau, in Kinderbetreuung, Bildung, Forschung und Klimaschutz.

Klimaschutz und Infrastruktur

In diesem Jahr starten wir das größte industrielle und gesellschaftliche Modernisierungsprojekt der Gegenwart. Allein in den nächsten Jahren nehmen wir mehr als 50 Milliarden Euro in die Hand. Das Ziel, 65 Prozent Erneuerbare Energien bis 2030 zu schaffen, wird nun Gesetz. Für Mobilität steigen die Investitionen auf ein Rekordniveau von über 15 Milliarden Euro im nächsten Jahr. Bis 2023 werden wir vor allem den Schienenverkehr stärken. Dafür reduzieren wir u. a. die Umsatzsteuer für Bahnfernreisen von 19 auf 7 Prozent. Mobilität bedeutet gesellschaftliche Teilhabe und der Umstieg auf klimafreundliche Transportmittel muss bezahlbar sein.



Rechtsstaat

**Ein starker
Rechtsstaat
für eine wehrhafte
Demokratie!**

Zusammenhaushalt

SPD
Fraktion im
Bundestag

Demokratie verteidigen, heißt Rechtsstaat und Zivilgesellschaft stärken. Wir erhöhen im Zusammenhaushalt zivilgesellschaftliche Projektmittel, schaffen Tausende neue Stellen für innere Sicherheit, investieren in Extremismusprävention und den Pakt für den Rechtsstaat.

Für das kommende Jahr sind für den Bereich Justiz und Verbraucherschutz Ausgaben von insgesamt etwa 920 Millionen Euro geplant. Wir als SPD unterstützen die Schwerpunktsetzung unserer Ministerin Christine Lambrecht und haben insgesamt 360.000 Euro für die effektive Bekämpfung von Hass Reden im Internet auf den Weg gebracht. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sollen effektiv begegnet werden, deshalb haben wir auch hier die Mittel erhöht.

Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

**Wachstum dank
Sozialklimbim.
Solidarität hat bei uns
Konjunktur.**

Zusammenhaushalt

SPD
Fraktion im
Bundestag

Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, haben wir einen Schwerpunkt darauf gelegt, vor allem Gering- und Normalverdienende sowie Familien zu entlasten und die soziale Sicherheit zu verbessern – vom BAföG bis zum Wohngeld, vom sozialen Arbeitsmarkt bis zur Sicherung des Rentenniveaus.

Familien mit Kindern und Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen unterstützen wir direkt, z. B. über Steuersenkungen in Höhe von 25 Milliarden Euro in dieser Wahlperiode oder durch die Abschaffung des Solis für 90 Prozent der Zahlenden ab 2021. Damit stärken wir nicht nur den solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, sondern auch die Konjunktur in Deutschland: Die gestärkte Kaufkraft hat einen wesentlichen Anteil am Wirtschaftswachstum.

Kinder und Bildung

Noch nie wurde so viel in Bildung investiert, wie in unserem Zusammenhaushalt. Mit einem neuen Sondervermögen schaffen wir die Voraussetzungen für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. Mit dem Digitalpakt investieren wir zudem in modernere Schulen.

**Denkt auch mal
jemand an die Kinder?
Ja. Wir. Ganztags.**

Zusammenhaushalt

SPD
Fraktion im
Bundestag

Generationen

**Respekt, Alter!
Gemeinsam gegen ein
Gegeneinander der
Generationen.**

Zusammenhaushalt

SPD
Fraktion im
Bundestag

Wer Generationen gegeneinander ausspielen will, spaltet die Gesellschaft. Die Grundrente kommt! Das ist eine Frage des Respekts. Wer 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, hat künftig Anspruch auf die Grundrente, wenn ansonsten die Rente zu niedrig wäre. Eine umfassende Bedürftigkeitsprüfung, wie

CDU und CSU es wollten, ist vom Tisch. Es wird lediglich unbürokratisch das Einkommen geprüft – durch einen Datenaustausch zwischen Rentenversicherung und den Finanzbehörden. Niemand wird zum Bittsteller beim Sozialamt.

Esther Dilcher zum Etat des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz

In ihrer Rede zum Etat des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz berichtet Esther Dilcher, dass Ausgaben von insgesamt etwa 920 Millionen Euro geplant seien, circa 7,5 Millionen Euro mehr als ursprünglich im Haushaltsentwurf vorgesehen. Dies sei eine Erhöhung mit Augenmaß und mit wichtigen Akzenten.

„Unser Rechtsstaat ist eine große Errungenschaft und allen Versuchen von Extremisten diesen zu unterhöhlen, werden wir entschieden entgegentreten“, betonte Dilcher. Mit diesem Haushalt würden Vorhaben unterstützt, die Hassreden und die Hetze gegen Flüchtlinge entlarven und darüber aufklären sowie den Sozial- und Rechtsstaat gegen üblen Verleumdungen schützen sollen.



Und Dilcher vor dem Deutschen Bundestag weiter: „Es macht mich fassungslos, wie die Verrohung in unserer Sprache und Gesellschaft voranschreitet. Die für diese gesellschaftliche Entwicklung verantwortlichen Brandbeschleuniger sehen wir auch immer wieder in den Reihen der AfD-Fraktion - nicht nur hier im Parlament, sondern vor allem in den sozialen Medien verbreiten sie Hass und Hetze - gegen Geflüchtete, gegen politisch Andersdenkende und politische Konkurrenten, gegen Minderheiten und gegen religiöse Gruppen. Besonders verwerflich finde ich, dass diese Mitglieder des Deutschen Bundestages sich nicht von eindeutig rechtsradikalen Äußerungen ihrer Parteikollegen distanzieren, oder selbst völlig absurde und zutiefst missachtende Äußerungen von sich geben.“

Edgar Franke zum Etat des Bundesministeriums für Gesundheit



„Der rote, sozialdemokratische Faden in der Gesundheitspolitik ist die bestmögliche Versorgung für den Versicherten, unabhängig vom Einkommen, vom Wohnort und vom Alter des Versicherten“, betonte Franke in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag. Er begrüßte ausdrücklich, dass mit Steuerzuschüssen gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie die Familiensicherung oder

beispielsweise Leistungen im Rahmen der Mutterschaft, finanziert würden. Es könne nicht sein, dass Beitragszahler allein Aufgaben finanzieren, für die die Allgemeinheit zuständig ist.

Insgesamt 63 Millionen würden für Aufklärung und Prävention ausgegeben. Gut angelegtes Geld seien die 18,5 Millionen für die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung und die 13,9 Millionen für die Aufklärung von sexuell übertragbaren Krankheiten sowie die 11 Millionen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauches.

Mehr Pflegerinnen und Pfleger, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne seien das Credo in der Pflege. Bei der flächendeckenden, medizinischen Versorgung haben die Kassenärztlichen Vereinigungen inzwischen alle notwendigen Instrumente in der Hand. Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz sei nachgesteuert worden. Bei den Krankenhäusern sei die Aufgabe, Versorgungsstrukturen an den tatsächlichen Versorgungsbedarf anzupassen. Gerade er habe sich persönlich dafür eingesetzt, dass es eine eigenständige pauschale Bundesförderung für die ländlichen Kliniken gibt, zu denen in erreichbarer Nähe keine Alternative existiert. Abschließend stellte Franke fest: „Die wichtigste Errungenschaft ist, dass die Krankenkassenbeiträge wieder paritätisch finanziert werden, damit jeder Versicherte die bestmögliche Versorgung erhält.“

Halbzeitbilanz - Was die SPD in der Regierung geschafft hat und wie es weiter gehen muss

Zwei Drittel der SPD-Mitglieder haben vor zwei Jahren entschieden, dass wir in der Regierung wichtige sozialdemokratische Ziele umsetzen sollen. Und sie haben uns beauftragt, in der Mitte der Wahlperiode die Leistung der Koalition zu überprüfen. Grundlage dafür ist die Bestandsaufnahme der Bundesregierung. Eine Bewertung nimmt dann der Parteitag im Dezember vor.

Die Große Koalition hat bereits mehr als 60 Prozent ihrer insgesamt 296 Koalitionsversprechen umgesetzt oder angepackt. Das weist auf eine rekordverdächtige Halbzeitbilanz der amtierenden Bundesregierung hin.



Viel wurde erreicht, viel wurde auf den Weg gebracht, an vielen Stellen wurden Bürger entlastet oder unterstützt. Vor allem die SPD-Ministerinnen und Minister haben geliefert. Die Arbeit der Bundesregierung ist klar sozialdemokratisch geprägt. Die SPD ist die soziale Stimme und macht das deutlich in den vielen Gesetzen, die sie nach vorne gebracht hat.

Die Arbeit in Koalitionen ist von Kompromissen geprägt, das geht gar nicht anders. Obwohl diese Kompromisse den Alltag vieler Menschen besser machen (Mindestlohn, Grundrente, Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende), wird darüber diskutiert, was nicht erreicht

wurde. Mit anderen Worten: Das sozialdemokratische Glas ist nie halb voll, sondern immer halb leer. Eine Demokratie ist aber ohne die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen und Verantwortung zu übernehmen, kaum denkbar.

Ein Überblick der bisherigen Maßnahmen und Gesetze:

1. **Qualifizierungschancengesetz – Recht auf Weiterbildung**
Beschäftigte erhalten ab dem 1. Januar 2019 umfassenden Zugang zur Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit, wenn sie vom digitalen Wandel betroffen sind oder sich in einem Beruf weiterbilden wollen, in dem Fachkräftemangel herrscht.
2. **Gute-Kita-Gesetz**
Bund unterstützt die Länder dabei, in die Qualität der Kindertagesbetreuung zu investieren und die Eltern von den Gebühren zu entlasten oder zu befreien.
3. **Erhöhung Kindergeld**
Kindergeld steigt zum 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Monat. Der Kinderfreibetrag wird entsprechend angehoben, 2019 und 2020 um jeweils 192 Euro. Eine weitere Kindergelderhöhung um 15 Euro pro Monat und eine zusätzliche Erhöhung des Kinderfreibetrags sind für 2021 geplant.
4. **Abschaffung des Soli**
für 90 Prozent der Steuerzahler ab 2021
5. **Starke-Familien-Gesetz**
Neugestaltung des Kinderzuschlags und Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe.
6. **Digitalpakt für Schulen**
Änderung des Grundgesetzes (Aufbrechen des Kooperationsverbotes). Bund wird in den nächsten Jahren 5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen investieren.
7. **Baukindergeld**
8. **Mieterschutzgesetz**
9. **Angehörigen-Entlastungsgesetz**
Entlastung pflegender Angehöriger. Kinder werden erst ab 100.000 Euro Einkommen herangezogen
10. **Paketboten-Schutz-Gesetz**
11. **Gesetz für bessere Löhne in der Pflege** (Pflegelöhneverbesserungsgesetz)
12. Gesetz zur **Weiterentwicklung des Teilzeitrechts** - Einführung einer Brückenteilzeit
13. Gesetz zur **Einführung einer Musterfeststellungsklage**
14. Gesetz zur **Stärkung der Rechte von Betroffenen bei Fixierungen im Rahmen von Freiheitsentziehungen**
15. Gesetz zur **Neuregelung der Änderung des Geschlechtseintrags**
Gesetzlichen Regelungen für transgeschlechtliche Menschen.
16. Gesetz zur **Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung**
17. Gesetz zur **Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch**
18. Gesetz zur **Reform des Vormundschaftsrechts**
19. **Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung**: Ersparnis von bis zu 400 Euro je nach Zusatzbeitrag und Krankenkasse

- 20. **Grundrente:** Geringverdiener mit 35 Beitragsjahren bekommen einen Rentenaufschlag oberhalb der Grundsicherung von mehreren 100 Euro pro Monat
- 21. **Betriebsrentner und Menschen mit einer Direktversicherung**
künftig Freibetrag von 160 Euro pro Monat; Einsparung von rd. 300 Euro pro Jahr
60 Prozent der Betriebsrentner zahlen keine Krankenversicherung mehr
- 22. **Sozialer Arbeitsmarkt: Teilhabechancengesetz zur Integration von Langzeitarbeitslosen**
Betriebe bekommen eine Förderung bis zu 5 Jahren und bis zu 100 Prozent

Mit dem Digitalpakt machen wir Schulen fit für die Zukunft. Wir investieren in die Talente unserer Kinder. Das machen wir unter anderem auch mit einer BAföG-Erhöhung für Schülerinnen, Schüler und Studierende. Denn jeder junge Mensch in unserem Land soll die Chance auf ein erfolgreiches Leben haben. Insgesamt geben wir für diese Zukunftsinvestitionen inzwischen 40 Milliarden Euro aus – jedes Jahr.

Für unsere Kinder, Enkel und Urenkel kommen weitere 54 Milliarden Euro in den kommenden vier Jahren hinzu, die wir allein für einen wirksamen Klimaschutz in die Hand nehmen: für die Förderung klimafreundlicher Technologien und für moderne zukunftssichere Jobs. Mit dem Klimaschutzgesetz werden zudem die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erstmals gesetzlich festgelegt.

Nach dem Atomausstieg haben wir auch das Aus für die Kohle beschlossen.

Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, muss sich im Alter auf die Rente verlassen können.

Deshalb haben wir die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt und bekämpfen Altersarmut. Damit man sich auch in Zukunft auf die Rente verlassen kann, halten wir das Rentenniveau stabil. Zugleich haben wir den Beitragssatz begrenzt, damit die Jüngeren nicht überfordert werden.

Für Frauen und Männer, bei denen die Gesundheit nicht mehr mitmacht, gibt es die Erwerbsminderungsrente, die wir noch besser gemacht haben. Auch in der Gesundheitspolitik haben wir viel umgesetzt. Nun kommt auch die Grundrente nach der

**Die Grundrente
kommt!**

SPD
Fraktion im
Bundestag

Einigung mit dem Koalitionspartner dazu – mit Einkommensprüfung, aber ohne Bedürftigkeitsprüfung.

Und: Die SPD muss sich wieder als die Partei des Fortschritts verstehen und mehr Optimismus verbreiten. Digitalisierung und Globalisierung sind nicht nur Gefahren, sie bieten auch Chancen, die man gestalten muss. Die Erfahrung zeigt: Viele soziale und ökologische Probleme lassen sich am besten durch intelligente Innovationen meistern. Nur wir Sozialdemokraten können sozialen Ausgleich, wirtschaftliche Vernunft und ökologische Erneuerung gemeinsam erfolgreich gestalten.

Bilder der Woche

Weihnachtsbaum der Lebenshilfe setzt Zeichen für Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Es hat schon Tradition: Wenn die Adventszeit beginnt, bekommen die Abgeordneten im Deutschen Bundestag einen prachtvoll geschmückten Weihnachtsbaum von der Lebenshilfe.

Lebenshilfe-Bundesvorsitzende Ulla Schmidt (im Bild mit Esther Dilcher) sowie die Bundestagsvizepräsidentin des Deutschen Bundestags Claudia Roth formulierten den wichtigsten Wunsch aller Versammelten: "Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass der erste Satz in unserem Grundgesetz für alle Menschen gilt, ausnahmslos! Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie ist unverhandelbar!" Ein konkretes Beispiel nannte Ulla Schmidt: "Teilhabe ist Menschenrecht - und dazu gehört auch das Wahlrecht. Die Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit umfassender Betreuung haben nichts mit Demokratie zu tun, sie müssen abgeschafft werden."



Esther Dilcher eröffnet zweites Wahlkreisbüro

Neben dem Wahlkreisbüro in Korbach wird es in Hofgeismar ab Dezember eine zweite Anlaufstelle für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger geben. Zusammen mit Oliver Ulloth, MdL, bildet Esther Dilcher eine Bürogemeinschaft in der Bahnhofstraße 26, 34369 Hofgeismar.

Johanna Dangloff und **Andreas Dietz** bilden das Team im neuen Wahlkreisbüro. Das Büro ist täglich von 10 bis 12 Uhr, mittwochs bis 16 Uhr besetzt und telefonisch unter 05671 50 99 398 zu erreichen oder per Mail:

esther.dilcher.wk@bundestag.de



Wahlkreisfahrt in das politische Berlin



Diese Woche war eine **Besuchergruppe aus dem Wahlkreis von Edgar Franke** zu Gast in Berlin. Die Diskussionsrunde mit dem Abgeordneten, der Besuch des Plenarsaales sowie ein gemeinsames Fotoshooting auf der Kuppel des Reichstagsgebäudes standen auf dem Programm des ersten Tages.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke.
Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben.
Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seiten 2, 3 und 8 SPD-Bundestagsfraktion, Seite 4 und Seite 9 sowie Seite 10 oben Esther Dilcher, Seite 5 und 10 unten Edgar Franke, Seite 6 Image by Gerd Altmann from Pixabay.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.